



**Kommunalwahlprogramm der  
AfD Marburg  
für die Wahlperiode 2021 – 2026**

## **Zurück in die Zukunft**

Marburg könnte eine lebens- und liebenswerte Stadt sein: Eine lange Geschichte und ein gut erhaltenes mittelalterliches Stadtbild, aufgeschlossene Bürger, eine der bekanntesten Universitäten Deutschlands und die landschaftlich reizvolle Lage an der Lahn sollten eigentlich ein gedeihendes Gemeinwesen sicherstellen.

Doch die Alltagswirklichkeit sieht für einen großen Teil der Marburger Bürger anders aus: Marburg hat eine hohe Mieterbelastung, leidet unter dem zunehmenden Verlust von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum und einem in vielen Bereichen zu beobachtenden Sieg der Gesinnung und zur Schau gestellten Haltung über Rücksichtnahme und rationale Urteilsfähigkeit.

Keine der gegenwärtig im Rat vertretenen Parteien will diesen Sachverhalt ins Gesicht sehen. Sie ducken sich weg und warten auf eine Wunderlösung für Probleme, die sie selbst geschaffen haben.

Unsere Stadt muss vom Kopf wieder auf die Füße gestellt werden – leisten Sie einen Beitrag zu einer Zeitenwende für Marburg!

Gehen Sie am 14. März wählen und stärken Sie die einzige wirkliche Oppositionspartei in Bund, Ländern und Kommunen – stärken Sie die AfD!

## **Naturschutz**

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, die Bewahrung der auch kulturell bedeutsamen hessischen Waldlandschaft und der Abschied von der Idee des grenzenlosen Wachstums sind übergeordnete Handlungsgrundlagen unserer politischen Arbeit.

Die weitere Vernichtung ökologisch wertvoller Gebiete wie zuletzt beim Ausbau der A49 soll verhindert werden, und wir werden uns deshalb im Stadtparlament für die Unterstützung einer echten Verkehrswende einsetzen. Wir sprechen uns klar gegen eine weitere Aufstellung von Windkraftanlagen in Waldgebieten aus. Generell sind Planungen für Siedlungs- und Verkehrsflächen mit dem Ziel einer minimalen Neuversiegelung von Flächen zu überprüfen.

Angesichts des geringen Anteils Deutschlands an den weltweiten Emissionen werden radikale klimapolitische Alleingänge keinen messbaren Einfluss auf das Weltklima haben. Wir lehnen daher die unseriöse Ausrufung des Klimanotstandes in Marburg ab.

Klar ist auch, dass in einem ohnehin dichtbesiedelten Industriestaat die derzeitige Migrationspolitik auch unter dem Blickwinkel des Naturschutzes falsch angelegt ist. Wir setzen

uns für eine Beendigung dieser illusionären Migrationspolitik ein und fordern den Austritt Marburgs aus der Gruppierung der „sicheren Häfen“.

### **Verkehr**

Die Statistiken (statista.com) belegen einen erheblichen Anteil der Transportindustrie am weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß und damit einen zwar schwer zu ermittelnden, aber doch substantziellen Beitrag zum anthropogenen Anteil am Klimawandel.

Die Handlungsmöglichkeiten zur Verkehrsvermeidung sind auf kommunaler Ebene begrenzt, eine wirksame Begrenzung wird schon seitens der EU unterlaufen. So wird die eigentlich wünschenswerte Bevorzugung lokaler Produktion und Dienstleistung behindert, indem öffentliche Aufträge ab einer gewissen Größenordnung EU-weit ausgeschrieben und die damit verbundenen zusätzlichen Verkehrsbelastungen hingenommen werden müssen.

Für die Stadt Marburg sehen wir dennoch einige Möglichkeiten, neben einer verantwortlichen Bevorzugung lokaler Unternehmen bei Auftragsvergaben für Entlastung im Verkehrsbereich zu sorgen und die richtigen Zeichen zu setzen:

- Mobilitätsgutscheine für ältere Menschen
- bessere Anbindung der äußeren Stadtteile durch den öffentlichen Nahverkehr
- Förderung von Telearbeit (Home-Office) in der Stadtverwaltung

Soweit individuelle Freiheitsrechte berührt sind, stellt sich die AfD allerdings gegen eine restriktive Vorgehensweise. Nicht nur in der Frankfurter Straße soll wieder Tempo 50 erlaubt werden und eine Begrenzung des Verkehrs durch Tempo-30-Zonen nur dort stattfinden, wo ein vorrangiges Schutzinteresse zu erkennen ist, so wie das beispielsweise in der Umgebung von Spielstraßen der Fall ist.

### **Sport**

Die über 100 Sportvereine in Marburg leisten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit und zur sozialen Integration der Bevölkerung. Die AfD tritt für eine vorrangige Instandsetzung der Sportstätten bei Sanierungsmaßnahmen ein und unterstützt den Erhalt der Frei- und Hallenbäder in allen Stadtteilen.

Alle Kinder in Marburg müssen die Möglichkeit haben, in angemessener Entfernung zu ihrer Wohnung Schwimmen zu lernen. Der Sportetat der Stadt Marburg soll daher als einziger

Posten im Haushaltsplan erhöht und der Sport in Marburg nach einem unter Beteiligung der Sportvereine aktualisierten Sportentwicklungsplan weiterentwickelt werden.

Das Schwimmbecken des Sport-und Freizeitbades AquaMar der Stadt Marburg ist seit dem 24.09.2019 wegen erheblicher Baumängel gesperrt. Jetzt soll endlich mit der Renovierung begonnen werden, nachdem man sich über ein Sanierungskonzept lange nicht einigen konnte und auch die Ausschreibungen für die notwendigen Reparaturen sich hingezogen haben. Mit einer Wiedereröffnung der Sportbecken ist vor März 2021 nicht zu rechnen. Die AfD Marburg wird versuchen, Licht in diesen Bauskandal eines relativ jungen Schwimmbades zu bringen.

## **Bildung**

Hohe Qualität in Bildung und Forschung sowie die Bewahrung und Weiterentwicklung unseres kulturellen Erbes sind vorrangige politische Ziele der AfD im Bereich der Bildung, Forschung und Kultur.

Die hessischen Kommunen sind als Schulträger und als Schulstandort ganz wesentlich von der Bildungspolitik des Landes Hessen betroffen.

Grundlage für die kommunale Bildungspolitik der AfD ist der „Beutelsbacher Konsens“, der sowohl ein Indoktrinationsverbot als auch das Gebot der Kontroversität formuliert. Die Umsetzung dieser Vereinbarung und damit eine Entpolitisierung der Schulen soll über die kommunale Schulaufsicht erwirkt werden.

Vielfältige soziale Probleme sowie die Einflussnahme politischer wie auch islamischer Lobbyorganisationen haben zu einer Situation geführt, in der die Schulen politisiert sind, ein freier und offener Diskurs jedoch kaum noch möglich ist. Initiativen wie „Schule mit Courage – Schule ohne Rassismus“ sollen vor allem eine breitere Akzeptanz von Migration bewirken und nehmen Einfluß auf die Urteilsfähigkeit junger Menschen. Die Unterstützung dieser Initiativen und der sie tragenden Verbände durch die Stadt soll beendet werden.

Die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche belastet zunehmend auch das Lehrpersonal mit Aufgaben, die eher in einem technisch-administrativen Bereich anzusiedeln sind. Die AfD wird sich im Stadtparlament dafür einsetzen, dass es zu einer besseren Unterstützung der Schulen im IT-Bereich kommt und die Stadt im Rahmen ihrer Aufgabe als Schulträger die Lehrerkollegien mit aktueller und betriebsbereiter Informationstechnik unterstützt.

Die Entwicklungen des Jahres 2020 haben auch im Schulbereich eine erstaunliche Wirkung entfaltet. In einigen Schulen Deutschlands wurden Schüler dazu angehalten, sich gegenseitig beim Verstoß gegen die Maskenpflicht zu überwachen und Verstöße zu melden.

Die AfD setzt sich dafür ein, solches Verhalten nicht weiter zu fördern und wird das Stadtparlament auffordern, neben den „Internationale Wochen gegen Rassismus“ auch eine „Nationale Woche gegen Denunziantentum“ zu veranstalten.

## **Kultur**

Deutschland wird weltweit wegen seiner einzigartigen Theater- und Orchesterlandschaft beachtet und geschätzt. Eine wichtige Aufgabe kommunaler Kulturpolitik besteht in der Stärkung eines Bewusstseins, welches kulturelle Verbundenheit wahrnimmt, fördert und schützt. Die in den letzten Jahren zu beobachtende Ausbreitung der Ideologie des Multikulturalismus gefährdet dagegen die kulturellen Errungenschaften des Landes und führt zu einer globalistisch orientierten Nicht-Kultur, die Gemeinschaften auflöst und die Entstehung von Parallelgesellschaften fördert.

Gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerschaftliche Kulturinitiativen sollen gestärkt und die Kulturpolitik generell an fachlichen Qualitätskriterien und ökonomischer Vernunft anstatt an politischen Opportunitäten ausgerichtet werden.

Gerade im Kulturbetrieb macht sich (auch) in Marburg ein Ungeist breit, der das freie Denken und Sprechen in den Würgegriff bekommt und die Grundlage des freien Austauschs von Ideen und Argumenten untergräbt.

Die Absage von Lesungen und Vorträgen öffentlich wirksam diskreditierter Autoren ist in Marburg gelebte Praxis und trägt zu einem gesellschaftlichen Klima bei, in dem die Herdenmentalität gewinnt und von der aktuell herrschenden öffentlichen Meinung abweichende Beiträge unmöglich werden.

Freie Rede und Informationsgewinnung sowie freie wissenschaftliche oder künstlerische Betätigung sind jedoch Rechte und keine Privilegien, die von dominierenden Gesinnungsgemeinschaften an Gesinnungsgleiche verliehen und missliebigen Personen entzogen werden können.

Es ist dabei auch nicht maßgeblich, auf welcher Seite eine Gruppierung steht, ob sie religiös, weltanschaulich oder politisch motiviert ist – ein Angriff auf die Demokratie bleibt ein Angriff auf die Demokratie. Der Einsatz für die Freiheitsrechte wird grundlegend für unsere Arbeit im Stadtparlament sein.

Die „geschlechtergerechte Sprache“, die in den letzten Jahren auf immer mehr Akzeptanz und Verbreitung stößt, wird nicht nur mit über 200 Professuren in diesem Feld durch den Steuerzahler teuer bezahlt, sondern ist in ihren Auswirkungen nichts anderes als ein Mittel zur

Verwirrung von Sprachgewohnheiten und eine Behinderung der gegenseitigen Verständigung. Die Stimme des Volkes – Vox populi – spricht sich je nach Umfrage mit mehr oder weniger deutlicher Mehrheit gegen diese sogenannte Gendersprache aus. Die AfD Marburg fordert daher die Abschaffung der Gendersternchen im öffentlichen Schriftverkehr.

Ein wichtiges Kulturdenkmal der Stadt Marburg ist das „Grüne Wehr“ an der Lahn und die Frage seiner Erhaltung und Sanierung bewegt die Stadtgesellschaft. Im Stadtparlament wird die AfD dafür stimmen, die Anlage in ihrer bestehenden Form zu erhalten und eine schonende und auf denkmalgerechte Erhaltung ausgerichtete Sanierung durchzuführen.

Regionale und traditionelle Feste und Umzüge schaffen Heimatverbundenheit und stärken das Gemeinschaftsgefühl. Die AfD setzt sich für einen Erhalt dieser Traditionen ein und lehnt es ab, diese durch Umbenennungen, Umdeutungen oder Auflagen ihres Charakters zu berauben. Der Marktfrühschoppen in Marburg soll wieder stattfinden dürfen und der Marktplatz wieder für diese Veranstaltung zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus werden wir im Stadtparlament mit folgenden Positionen Stellung beziehen:

- Beibehaltung bzw keine Veränderung von Kulturdenkmälern,
- Förderung des Bettenhaus und des Cafe Trauma einstellen,
- Gelder für KfZ überprüfen,
- Erhalt bzw Neubau der Jugendherberge,
- Gutscheine bzw verbilligten Eintritt in städtische Einrichtungen (gilt dann auch für den Nahverkehr) für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr, THW und anderen Organisationen, die sich für das Allgemeinwohl der Bevölkerung einsetzen (samt Familienangehörigen).

## **Wirtschaft**

Wie kaum ein anderes politisches Feld bestimmt die Wirtschaftspolitik die finanzielle Ausstattung und Handlungsfähigkeit der Stadt und ihrer Verwaltung.

Eine verantwortungsbewußte Zukunftssicherung bedingt aus Sicht der AfD vor allem auch eine wirtschaftsfreundliche Politik. Wir fordern deshalb die Begrenzung der Gewerbesteuer auf einen Hebesatz von 380% und eine Absenkung der Grundsteuer bis an den untersten Rand des Ermessensspielraums.

Es ist insbesondere die Geldpolitik der EZB und die Verschuldungsstrategie der Bundesregierung, die für umfassende Haftungsrisiken und eine Enteignung des bisher leistungsfähigen deutschen Mittelstandes sorgen. Dabei ist bemerkenswert, dass das

Gros der finanziellen Verpflichtungen und deren Höhe in der Regierungszeit der aktuellen Kanzlerin begründet wurden. Die Bürger des Landes müssen dringend erkennen, dass sie mit zahllosen Wohlstandslügen durch Regierung, Politik und Medien ruhiggestellt werden und Entwicklungen eingeleitet wurden, die insbesondere nachfolgende Generationen umfassend belasten werden.

Auf Bundes- und Landesebene hat die AfD bereits einige Initiativen entwickelt, die geeignet sind, diese Fehlsteuerungen in den Griff zu bekommen.

Im Stadtparlament Marburg werden wir uns für finanzielle Stabilität sowie für eine Entlastung des gewerbetreibenden Mittelstandes einsetzen. Die Stadt befindet sich noch in einer vergleichsweise komfortablen finanziellen Situation, die ausgebliebene Haushaltskonsolidierung kann jedoch bei einem wirtschaftlichen Abschwung schnell zum finanziellen Debakel führen. Folgende Anliegen werden wir im Stadtparlament vertreten:

- Einschränkung der Voraussetzungen für nicht-öffentliche Sitzungen und Verbesserung der Durchsetzbarkeit der Öffentlichkeit zur Vermeidung von Günstlingswirtschaft.
- Äußerste Zurückhaltung bei der Gewährung freiwilliger Leistungen
- Vermeidung von rein ideologisch geprägten Ausgaben wie der Unterstützung des Christopher-Street-Days in Marburg

## **Wohnen**

Das Stadtbild Marburgs und der umliegenden Dörfer ist geprägt von historischen und unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden.

Trotz hoher Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und vielen Neubauten im Stadtgebiet gehört Marburg jedoch nach wie vor zu den Gebieten, in denen der Wohnraum knapp und überteuert ist.

Wir wollen den Denkmalschutz für alte Gebäude ohne öffentliches Interesse deutlich lockern. Dies ermöglicht Umbaumaßnahmen, die den heutigen Wohn- und Nutzungsstandards entsprechen. Welche denkmalgeschützten Gebäude ohne öffentliches Interesse sind, soll durch eine Befragung der ortsansässigen Bürger festgestellt werden.

Für eine bessere Übersicht über die Wohnsituation fordern wir für die Stadt Marburg die Erstellung eines aktuellen qualifizierten Mietspiegel, gemäß BGB §558c und d.

In der Frage der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern sorgt die mangelhafte Kostenverantwortung auf kommunaler Ebene für schwerwiegende Fehlanreize, was zu einer

hypermoralischen kommunalen Bereitschaft zur Aufnahme und Unterbringung weiterer Migranten führt. Die in den Immobilienbereich fließenden Steuergelder bedienen dabei nicht selten ein Klientel, welches über Parteispenden Einfluss zu nehmen versucht. Unsere Forderung nach umfassender und vollständiger Zusammenstellung aller kommunalen als auch der mit Landesmitteln bezahlten Migrationskosten soll hier für mehr Transparenz sorgen.

### **Sicherheit**

Sicherheit und Ordnung sind ein zentraler Faktor für die Lebensqualität einer Region. Leider nimmt die Kriminalität auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf zu. Eine fatale Sicherheitspolitik auf Landes- und Bundesebene führt dazu, dass die Bürger zunehmend das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Polizei und Justiz verlieren. Die immer wiederkehrenden Vorfälle an den Marburger Lahnterrassen stehen beispielhaft dafür, dass die Folgen dieser verfehlten Politik der letzten Jahrzehnte auch bei uns sichtbar werden.

Das in Marburg bestehende Sicherheitskonzept und die Zusammenarbeit der Stadtpolizei mit der Landespolizei wird von der AfD vorbehaltlos unterstützt.

Unsere Polizeibeamten leisten tagtäglich eine hervorragende Arbeit zum Schutz der Bürger und der öffentlichen Sicherheit. Dafür verdienen sie Anerkennung und Wertschätzung, keine Häme oder öffentliche Herabwürdigung.

Im Stadtparlament werden wir uns für vermehrte Präsenz bzw. eine Aufstockung der Stadtpolizei und die konsequente Durchsetzung von städtischer Ordnung einsetzen.

### **Über uns**

Wir wollen eine Politik, die auch unseren Enkeln noch eine lebenswerte Zukunft in einem friedlichen Land ermöglicht.

Für eine wirksame Veränderung der politischen Verhältnisse in Stadt, Land und Staat brauchen wir **Ihre** Hilfe. Werden sie Teil des bürgerlichen Widerstandes und helfen Sie, dem Raubzug gegen unser Land zu widersprechen. Mit ihrer Stimme, ihrer Meinung und wo möglich ihrer Mitgliedschaft in der AfD.

AfD Landesverband Hessen, Stadtverband Marburg.  
Postfach 11 15, 35237 Steffenberg  
info@mr.afd-hessen.de